

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden vom deutschen Wissenschaftssystem abzuwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland hat eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt. Die deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes – u. a. etwa durch die Entwicklung von Impfstoffen.

Unsere Wissenschaft ist aber in akuter Gefahr. Durch explodierende Preise, insbesondere bei den Energiekosten, sind Wissenschaftseinrichtungen in ihrer Existenz bedroht. Dabei droht Schaden insbesondere für die Kühlung unwiederbringlicher Biodatenbanken, für Großforschungsanlagen, für Hoch- sowie Höchstleistungsrechner und IT-Infrastrukturen mit hohem Strombedarf, für Tierhäuser der Forschungsinstitute und für die Lehre sowie für Promotionsstellen. Die Schäden eines Winters können schwerwiegende Folgen über Jahre und Jahrzehnte hinweg verursachen. Dies gilt es unbedingt abzuwenden.

Durch die Kurzatmigkeit der aktuellen Bekämpfung der Energiekrise darf der Bundesrepublik Deutschland nicht die Puste ausgehen, eine mittel- wie langfristige Gesamtstrategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund ist es grob fahrlässig, dass bei den bisher beschlossenen Entlastungspaketen der Bundesregierung kein einziger Euro für Bildung und Forschung vorgesehen wurde. Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Unternehmen ist zwingend geboten. Genauso wichtig ist es jedoch auch, kraftvoll in die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes zu investieren. In der akuten Krisenbewältigung zu Beginn der Corona-Pandemie war es dementsprechend richtig, neben einem Konjunkturpaket auch ein großes Zukunftspaket zu schnüren, das mit über 15 Milliarden Euro erhebliche Investitionen in Schlüsseltechnologien ermöglichte.

Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Die bisherige Tatenlosigkeit von Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger ist inakzeptabel und eine schwere Bürde für die aktuelle Krisenbekämpfung. Die Bundesregierung muss kurzfristig gemeinsam mit allen Akteuren des Wissenschaftssystems eine Bedarfsanalyse vornehmen und die Bundesnetzagentur anweisen, eine prioritäre Energieversorgung von wissenschaftlichen

Einrichtungen mit begründetem Bedarf im Notfall als geschützte Kunden sicherzustellen. Forschungsergebnisse – etwa aus der Polarstern-Expedition – dürfen nicht durch unterbrochene Kühlketten dahinschmelzen. Massiv steigende Betriebskosten von großen energieintensiven Forschungsanlagen dürfen nicht zum Stillstand von Forschung und Innovation führen. Am Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY werden etwa aller Voraussicht nach die hohen Energiekosten im kommenden Jahr 2023 zu massiven Einsparmaßnahmen führen, die den wissenschaftlichen Nachwuchs und den Betrieb der Forschungsinfrastruktur schwer treffen würden – mit unmittelbaren negativen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschland. Die Beispiele zeigen: Es braucht in dieser Krisenzeit dringend ein entschiedenes, konzertiertes und evidenzbasiertes Vorgehen der Bundesregierung.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die Bundesnetzagentur umgehend anzuweisen, Wissenschaftseinrichtungen entsprechend den jeweiligen Bedarfen im Notfall als geschützte Kunden prioritär mit Energie zu versorgen und auf diese Weise die Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Wissenschaftssystems aufrechtzuerhalten;
 2. umgehend einen Energiegipfel für die Wissenschaft zum Thema „Sichere und bezahlbare Energieversorgung“ einzuberufen und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren der deutschen Wissenschaftslandschaft eine umfassende Bedarfsanalyse zur Sicherung der Wissenschaftsinfrastruktur infolge steigender Energie- und weiterer Kosten vorzunehmen;
 3. auf Grundlage dessen gemeinsam mit den Ländern ein Entlastungspaket Wissenschaft vorzulegen, um drohenden Schaden von unseren Wissenschaftsinstitutionen abzuwehren;
 4. zusätzlich einen Notfallfonds für die Wissenschaft einzurichten, in dessen Rahmen zielgerichtete Hilfen für die Wissenschaft geschaffen und kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Die besonderen Belange der Förderung von wissenschaftlichen Nachwuchsgruppen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind zu berücksichtigen;
 5. die Wissenschaftsorganisationen, Universitätsklinika und Studentenwerke im Zuge der Implementierung eines Energiepreisdeckels zu berücksichtigen und spürbar zu entlasten;
 6. die Stromsteuer auf das europäisch zulässige Mindestmaß abzusenken und damit u. a. die deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft spürbar zu entlasten;
 7. gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass nach zwei Pandemie Jahren keine Vorlesungen und Seminare für Studierende aufgrund von Energie- und Heizkosten ausfallen;
 8. gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass die Zahl der Promotionsvorhaben nicht aus Kostengründen reduziert wird.

Berlin, den 18. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion